

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **31 (1951-1952)**

Heft 4

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur Lage

Die parlamentarischen Beratungen über

das Landwirtschaftsgesetz

sind nun aufgeschoben bis zum Herbst, da sich der Nationalrat mit der neuen Fassung auseinanderzusetzen hat, welche den «Schicksalsartikeln» in den Beratungen des Ständerates gegeben worden ist. Es handelt sich dabei wesentlich um die Bestimmungen der Art. 22 und 25, welche den Schutz der landwirtschaftlichen Produktion zum Gegenstand haben. Aus der Beratung im Ständerat sind verschiedene erhebliche Differenzen zum Nationalrat entstanden, indem die Fassung, welche der Ständerat den betreffenden Artikeln gegeben hat, die möglichen Dispositionen vom Schutze der landwirtschaftlichen Produktion anders formuliert und im Endeffekt einschränkt. Allein auch in der ständerätlichen Fassung sind diese Dispositionen immer noch recht weitgehend, und daß sie auch derart empfunden werden, dafür haben gewisse Entwicklungen der jüngsten Zeit Sorge getragen. Das Bankhaus Bär & Co. hat in einem seiner Berichte wieder einmal auf verschiedene Umstände hingewiesen, welche bei der Beurteilung dieser zentralen Frage ihre Rolle spielen. Es wird hier insbesondere klar gemacht, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ein Landwirtschaftsmonopol auf die Dauer nicht hinnehmen würde, mag auch das Verständnis für die Forderungen dieses Berufsstandes nach wie vor verbreitet sein, obwohl nach den letzten statistischen Erhebungen nur noch etwa ein Fünftel der schweizerischen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig ist. In dem Bericht wird davor gewarnt, die künstliche Preishochhaltung zu weit zu treiben, da sonst Verzerrungen im Produktionsapparat die Folge wären, und es wird als Beispiel die Tomatenschwemme des letzten Jahres genannt, welche darauf zurückzuführen war, daß wegen der durch die Beschränkung der Einfuhr erzielten hohen Preise viel zu große Mengen Tomaten angebaut wurden. Der Großteil unserer Bevölkerung werde jedenfalls eine eigentliche «Konsumentenbewirtschaftung» nicht dulden. Es läßt sich nicht bestreiten, daß die allgemeine Abneigung gegen solche Eingriffe zu Lasten der Konsumenten ganz erheblich verstärkt worden ist durch die bekannten Maßnahmen der Behörden bezüglich der Einfuhr von Frühkartoffeln, Erdbeeren und Kirschen. Diese Maßnahmen erscheinen in ihrer weiten Anwendung jedenfalls vom psychologischen Gesichtspunkt aus kaum verständlich, zumal in diesem Moment, weil sie sicher nicht geeignet sind, den erwähnten Schutzbestimmungen des Landwirtschaftsgesetzes im Volke eine erfreuliche Stimmungsgrundlage zu bereiten.

Das Internationale Arbeitsamt hat kürzlich eine Zusammenstellung über die

Steigerung der Lebenskosten

unter den Auswirkungen der Koreakrise, nämlich für die Zeit vom ersten Quartal

1950 bis zum ersten Quartal 1951, herausgegeben. Die U.S.A. verzeichnen eine Preissteigerung von 9 0/0; für die europäischen Staaten aber ergibt sich folgendes Bild: Finnland 23 0/0, Österreich 20 0/0, Frankreich 15 0/0, Norwegen 13 0/0, Griechenland und Luxemburg 11 0/0, Belgien, Dänemark und Schweden 10 0/0, Italien 7 0/0, Westdeutschland 5 0/0, Großbritannien 4 0/0, Schweiz 3 0/0. Die Oststaaten sind in der Aufstellung nicht berücksichtigt, weil es dort kaum eine zuverlässige Marktstatistik gibt, dafür aber einen Preiswirrwarr zwischen offiziellen und Schwarzhandelspreisen. Das Bild dieser Statistik bedeutet eine Anerkennung für die schweizerische Wirtschaft, weil es, wie der «Zürcher Bauer» mit Recht feststellt, der privatwirtschaftlichen Disziplin und gegenseitigen Rücksichtnahme ein gutes Zeugnis ausstellt. Man kann nur hoffen, daß die Disziplin in diesem Bereiche auch anhalte. Hier ist aufmerksam zu machen auf gewisse Bestrebungen im Schweizerischen Gewerkschaftsbund, welche auf eine Erhöhung der Löhne tendieren. Diese Zielrichtung ist in besonderer Weise auch unter den Eisenbahnern beobachtet worden. Es wäre hier festzuhalten, daß die in der Revision des Eidgenössischen Besoldungsgesetzes festgelegte Teuerungszulage bereits auf einem Index von 163 basiert, der heute nur um 1,8 0/0 überschritten ist. Unter diesem Gesichtspunkt müßten Forderungen auf Erhöhung der Teuerungszulagen tatsächlich verfrüht erscheinen, während sich zu diesem Thema ganz allgemein feststellen läßt, daß die internationalen Rohstoffpreise in verschiedenen Bereichen in den letzten Wochen eine nicht unbeträchtliche Senkung erfahren haben, so daß über die weitere Entwicklung unseres Preisniveaus, das sich im Vergleich zu anderen Ländern so befriedigend gehalten hat, von der Rohstoffseite aus noch keine sicheren Anhaltspunkte gegeben sind.

Es mag nochmals kurz auf die eidgenössische Abstimmung vom 8. Juli über die

Besteuerung der öffentlichen Unternehmungen

hingewiesen werden. So erscheinen die Bestrebungen der Initiative die Unterstützung des Stimmbürgers vor allem unter dem Gesichtspunkt des Kampfes gegen die Verstaatlichungstendenzen der Linken zu verdienen. Indem die Initiative auch die staatlichen Anstalten der Wehrsteuerpflicht unterwerfen will, bekämpft sie die verhängnisvollen Bestrebungen, welche auf die steuerliche Aushöhlung der Privatwirtschaft und ihre allmähliche Verdrängung gerichtet sind.

* * *

Welches auch die Entwicklungen der internationalen Politik in den nächsten Wochen sein mögen, so wird das Bild der europäischen Lage zweifellos bestimmt durch die Ergebnisse der

Wahlen in Italien und Frankreich.

Um vorerst die Lage in Italien zu betrachten, so ist von einer ernstlichen Verschiebung der Positionen seit den Kammerwahlen des Jahres 1948 nicht die Rede. Der Block der Kommunisten und Linkssozialisten erhielt bei den diesjährigen Gemeindewahlen 35,4 0/0 der Stimmen gegenüber 36 0/0 im Jahre 1948, die Christlichdemokraten kamen auf 38,9 0/0 gegenüber 45,9 0/0 im Jahre 1948. Freilich erhielt die Italienische Sozialbewegung (Neofaschisten), der man einen großen Aufschwung pro-

phezeit hatte, nur 3,8% der Stimmen; die Bewegung hat sich immerhin gegenüber 1948 verdoppelt. Nach wie vor besteht eine Überlegenheit der bürgerlich-demokratischen und rechtssozialistischen Stimmen über die kommunistisch bestimmte Linke, doch hat sich dieses Übergewicht vermindert und beträgt nur mehr wenige Prozente über dem absoluten Mehr. Ähnlich ist das Bild der Lage in Frankreich. Dort sind zwar die Mandate der Kommunisten für die Nationalversammlung um 50 % zurückgegangen, während verschiedene bürgerliche Parteien eine Zunahme an Mandaten zu verzeichnen haben, obwohl ihre Stimmenzahlen zurückgingen. Aber das entscheidende Merkmal des französischen Wahlergebnisses besteht zweifellos in der starken Position, welche die Partei des Generals de Gaulle errungen hat. Damit hat sich, im Verein mit einer Verstärkung der Mandatsziffer der bürgerlichen Rechten, die sich trotz einem Verlust an Stimmenzahlen errechnen ließ, das Schwergewicht des Parlaments in ziemlich ausgeprägtem Maße nach rechts verschoben, wodurch freilich die Möglichkeiten für eine Regierungsbildung auf stabiler Basis kaum größer geworden sind. Nach wie vor beträgt die Stimmenzahl der Kommunisten um die 25 % der Wählerschaft; immerhin hat sie sich gegenüber 1946 um eine halbe Million auf ca. 5 Millionen Stimmen vermindert. Der weitaus erheblichere Mandatsverlust dieser Partei ist, in gleicher Linie wie die Mandatsgewinne einiger bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokraten, dem neuen Wahlgesetz zuzuschreiben, welches mit dem ausgesprochenen Zweck einer Eindämmung des kommunistischen Einflusses im Parlament beschlossen worden war.

Sowohl für die italienischen wie für die französischen Wahlen muß deshalb bei der Beurteilung des Ergebnisses von der Tatsache ausgegangen werden, daß sich die Wählermasse der Kommunisten im wesentlichen gehalten hat. Man wird bei der Würdigung dieses wenig erfreulichen Bildes die Tatsache in Rechnung stellen, daß die Wählerschaft der Kommunisten zumal in südlichen Ländern oder Bezirken keineswegs aus einer geschlossenen Masse von linientreuen Anhängern der Partei besteht, sondern im wesentlichen Maße eben aus kleinen Leuten, welche entsprechend des Standes ihrer sozialen Lage gewohnheitsmäßig links wählen, weil es, wie in einem Bericht der «Neuen Zürcher Zeitung» zu den italienischen Wahlen zu lesen stand, «gegen die Oberschicht geht, welche ihre Unterschicht schlechter behandelt als das Bürgertum traditionell demokratischer Länder seine Arbeiterklasse». Allein, diese Feststellung — sie trifft übrigens durchaus den bedenklichen Kern der Sache — kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich auch bei diesen Leuten irgendwie um Objekte der kommunistischen Propaganda handelt, welche jedenfalls bereit sind, auf die Parolen einzugehen, die ihnen aus Moskau auf dem Wege über das kommunistische Parteibüro vorgelegt werden. Nicht ohne Grund heißt es deshalb wohl in dem erwähnten Bericht der NZZ zum italienischen Wahlergebnis: «Die Rückschlüsse von diesem Zustand auf die Verteidigungsbereitschaft und die Rüstungsfähigkeit Italiens liegen auf der Hand», und damit sind die Auswirkungen — im großen gesehen — wohl treffend umschrieben.

Die Betrachtung solcher Lage führt demnach zur Feststellung, daß in diesen beiden Ländern trotz dreier Jahre Aufbauarbeit mit den Mitteln des Marshallplanes die Zurückdämmung des Kommunismus nicht gelungen ist. Man muß diese Schlußfolgerung als wenig erfreulich empfinden. Und doch bietet auch dieses Bild seine positive Seite, aber es ist nur ein schwacher Trost. Die Politik der Sowjetunion, welche auf die Zertrümmerung des bürgerlichen Westens gerichtet ist, wird ihre militärischen Machtmittel solange kaum einsetzen, als sie die Chance empfindet,

auf dem Wege der internen Desorganisation der betreffenden Länder mit Hilfe ihrer kommunistischen Parteien zum Ziele zu kommen. Nach dem Ergebnis der italienischen und französischen Wahlen besteht diese Chance zweifellos fort. Mit Spannung wird man nun der Art und Weise entgegensehen, wie sich die sowjetische Politik dieser bestätigten Chance weiter bedient, mit Spannung auch wird der Beobachter die fälligen Gegenmaßnahmen verfolgen, welche die Politik der Vereinigten Staaten im Verein mit den demokratischen Gruppen jener Länder zum Einsatz bringt. Wenig zu beneiden freilich ist vorerst General Eisenhower: wie soll er schlagkräftige Armeen in die Hand bekommen, wo die wichtigsten Länder seiner kontinentalen Koalition zu 25 bis 35 % kommunistisch durchsetzt sind?

Jann v. Sprecher

Bericht aus Ostdeutschland

Von der Stimme und dem Blick des Ostens

«So, Sie kommen aus Leipzig. Na, wie sieht's denn jetzt aus dort drüben? Immer noch traurig — aber die Lebenshaltung ist wohl besser geworden, nicht wahr?» — Das sind die Fragen, dieselben Fragen und die einzigen Fragen, die der Rückkehrende zu hören bekommt. Am liebsten möchte er gar nicht antworten. Sie sind so bezeichnend, diese Fragen, für die Ahnungslosigkeit und Verständnislosigkeit, daß man manchmal antworten möchte: Wartet nur, bis es auch hier so weit ist — dann könnt ihr's am eigenen Leibe erfahren, wie es jetzt dort drüben steht. Was hat es denn für Sinn, ein paar Einzelheiten zu erzählen, wenn man nicht die ganze Welt mit sichtbar machen kann, in der sie erst zu verstehen sind? Denn das ist es doch, was alle Verständigung so schwierig, vielleicht hoffnungslos macht: nicht ein paar Dinge, ein paar Einrichtungen sind verschieden, sondern die ganze Welt ist eine radikal andere. So nämlich, daß es nicht so sehr auf die verschiedenen Dinge ankommt, als vielmehr auf das ganz verschiedene Licht, in dem gleiche Dinge hier und drüben erscheinen.

Hält etwa hier im Westen jemand einen Vortrag und die Zuhörer quittieren mit Schweigen, dann ist es ein privater Akt, durch welchen ein Urteil über diesen besonderen Redner oder Vortrag gefällt wird. Wenn drüben ein Vortrag gehalten wird, etwa vor einer Schul- oder vor einer Betriebsversammlung, und es herrscht danach Stille, dann ist es ein hochpolitischer Akt und nichts geringeres als eine Offenbarung der wahren Volksseele und ihres Urteils über das herrschende System. In einem Lande, wo der Terror so tief und so allmächtig geworden ist, daß jeder organisierte Widerstand schlechthin unmöglich ist, da gibt es nur noch eine Weise, die Ablehnung zu bekunden:

das Schweigen.

Schweigen freilich im weitesten Sinne des Wortes, Schweigen als Haltung. Aber in solchen Fällen, wo jubelnder Beifall die unermüdlich verkündete Volksverbundenheit des Systems bestätigen würde, da kann diese Haltung des Schweigens zu einer unüberhörbaren Sprache werden. Lauter und deutlicher als jeder vereinzelte aktive

Widerstand; denn hier, bei solcher Gelegenheit, wo nicht einzelne sich eigens zusammengefunden haben, um zu protestieren, sondern wahllos eine Gruppe aus dem Volke ihre Meinung kundtun soll, Arbeiter oder Schüler, vielleicht ein großer Teil «Genossen» oder «FDJler» unter ihnen, da sagt solches Schweigen: Wir *alle* sind dagegen. Fingen nur ein paar an zu klatschen, vielleicht die «Genossen», dann müßten ja alle mittun, denn «aufzufallen» kann sich niemand leisten, — seiner selbst, seiner Familie und letzten Endes der Sache wegen. Die allgemeine Stille bedeutet dann aber, daß die Verachtung bei den meisten und bei den übrigen mindestens der Zweifel so groß sind, daß sie die ablehnendste Antwort geben, die sie geben können; nämlich gar keine. Als Anfang April Staatssekretär Harig, allmächtiger Diktator des gesamten sowjetzonalen Hochschulwesens, vor den versammelten Leipziger Studenten und Professoren seine große Rede über das geplante «Studienjahr», das 10-Monate-Studium, gehalten hatte — die grotesken Moskauer Anweisungen aufs genaueste zitierend und über die Art ihrer Durchführung nicht weniger ahnungslos als seine verblüfften Zuhörer —, da wurde nicht nur der erwartete Beifall, sondern ebenso die vorgesehene Diskussion durch eisiges Schweigen ersetzt. Dem unglücklichen Rektor, der die Dankesworte zu sagen hatte, fiel dafür nichts besseres ein, als ein lateinisches Wort, welches er, auf die schweigende Versammlung weisend, dem stolzen Redner in tiefstem Ernste verkündete: «Dum tacent clarent». Vielleicht hatte er auf die Unkenntnis im Lateinischen gebaut; — sie hinderte nicht, daß sich die geniale Erkenntnis der neuen Beifallsbekundung; durch Schweigen zu rühmen, mit der Geschwindigkeit des besten Witzes durch die Stadt verbreitete.

Freilich — der Witz ist selten geworden und auch das Lachen.

Auch an seine Stelle ist das Schweigen getreten. Aber da ist es nicht ein Ausdruck der Ablehnung, des Protestes, sondern ein Zeichen der Angst. Aus dem Antlitz der Menschen jenseits der Gitter ist die Freude gewichen. Hat man denn das Sehen verlernt: für einen Reisenden, der nach drüben kommt, bedürfte es doch nur eines Blickes auf eine Gruppe von Menschen, auf ihre Haltung, ihre Kleidung und ihre Gesichter — um zu erfahren, was hier gespielt wird. Nichts Helles, nichts Leuchtendes, nichts Freude Erweckendes — nein, es ist nur ein eintöniger Wechsel zwischen abgehärmter Müdigkeit und finsterer Entschlossenheit. Selbst die wenigen Fanatiker, die es noch gibt, zeigen nichts von einer freudigen Heilserwartung oder von beglückendem Stolz, wie man doch bei dem ruhmreichen «Vaterland» und der paradiesischen Zukunft, von der sie ständig sprechen, denken sollte. Auch ihre Gesichter, und diese ganz besonders, haben etwas Eisiges und Verbissenes. Ein Blick auf die zum Glück spärlichen Priester dieses Systems genügt, um zu begreifen, daß diese unter der Flagge des «Sozialismus» segelnde Weltbeglückungsbotschaft gerade in der entgegengesetzten Richtung dessen fährt, was allein zu einer Linderung der sozialen und der Weltnot führen könnte: nicht zur Liebe, sondern zum Haß.

Man betrachte doch eine marschierende FDJ-Kolonne.

Zwar stimmt es, daß heute kaum noch ein Schüler oder Student wagen kann, sich der Mitgliedschaft dieses «Komsomolzen»-Ablegers fernzuhalten. Aber jene, die mit rühmlich bekannten «Landsknechtstrommeln» und Fanfaren und nicht weniger bekannt klingenden Kampfliedern durch die Straßen marschieren, die sind doch nur ein besonderer Teil. Es sind die Eifrigen. Auf mich übte der Anblick der Marschierenden und ihr Lärm jedesmal eine Schockwirkung aus. Zugegeben: in der Nazi-Zeit war man auch bei der Staatsjugend. Aber inzwischen hat man erfahren, wohin solche Märsche führen. Diese Erfahrung war heilsam, sehr heilsam. (Die «Volks-

polizei» rekrutiert sich zum überwiegenden Teil aus den Jahrgängen nach 1928, d. h. jenen, welche die Märsche vom Pimpfen-Exerzierplatz bis nach Stalingrad und in die Gefangenenlager des Ural nicht mehr selber erfahren haben.) Daher das Erschrecken, wenn man nun dasselbe wieder beginnen sieht, mit keinem anderen Unterschied, als daß die Farbe der Hemden von braun zu blau gewechselt ist. Oder gibt es doch noch einen Unterschied? Ja, und dieser ist ein wenig tröstlich. Damals waren unter den eifrigsten Marschierern gerade die «besten Kerle», gerade die «Idealisten» (das war ja das Furchtbare). Heute, und da braucht man nur wieder die Gesichter zu sehen, sind es nicht mehr jene, die man Vertreter der Besten nennen könnte. Es sind vor allem die Jugendlichen dabei, die anderswo in Erziehungsheimen betreut würden, arme, bedauernswerte, weglose und heimatlose Jungen und Mädels, die hier eine verworrene Abenteuerlust und eine verkrampfte Lebensgier zu erfüllen suchen. Wer zum aktiven Teil dieser Staatsjugend gehört — und warum —, erhellt vielleicht schon aus der Tatsache, welche allein genügt, der FDJ ihre Einmaligkeit zu sichern: daß es von den 10jährigen «Pionieren» bis zum Zeltlager der Großen nichts gibt, wo nicht die «Gleichberechtigung» der Geschlechter ermöglicht würde. Tröstlich ist die Erfahrung, daß hier nur die Verlorensten innerlich mitmachen, deshalb, weil es ein Zeichen dafür ist, daß selbst die Urteilslosigkeit und wahllose Begeisterungslust der Jugend nicht den gewünschten Resonanzboden für das sich schon überschlagende Werbegeschrei der Gewalthaber liefern kann. Wie die wahre Resonanz ist, das kann man ahnen, wenn man sieht, daß selbst unter der «fortschrittlich» verwandelten Studentenschaft das kleine unscheinbare Kreuz der christlichen Jungen Gemeinde weit häufiger zu finden ist als das rote Parteiabzeichen.

Dann versteht man vielleicht auch das Schweigen und die Verschlossenheit der Gesichter ein wenig besser. Es ist nicht nur das Schweigen der Angst und es ist nicht nur die Verschlossenheit der Ohnmacht. Es ist noch ein anderes. Es ist die Verschlossenheit des Entschlossenen. Dessen nämlich, der weiß, was er will, der weiß, worum es geht. Dessen, der nach außen hin wohl ohnmächtig ist, dessen Arme gefesselt sind, dem aber um so mächtiger sein Herz geworden ist, der befreit ist von den Fesseln der Illusionen, und der deshalb schon jetzt in aller Verzweiflung ein stilles Gefühl des Triumphes erfährt. Und sein Schweigen ist nicht nur die Stummheit des Geknebelten, sondern ebenso sehr die Sprache des Stolzes. Hier, wo nur noch die Lüge redet, wo sich in den Vokabeln sozialer Gerechtigkeit die Versklavung verkleidet und in den Vokabeln des Friedens mordgieriger Haß, da kann die Wahrheit nur noch in einer Sprache sprechen: in der Sprache des Schweigens.

Hier im Westen muß man aber die bittere Frage stellen:

Sind wir denn für diese Stimme taub geworden?

Drüben ist man taub geworden für den Propagandalärm und blind für die Schwindlerschrift der Transparente. Wem das Gift im Fleische brennt, der läßt sich nicht mehr von seinem Dufte täuschen. Wenn wir nicht warten wollen, bis uns selbst die Giftpfeile erreichen, dann müssen wir unsere Augen und Ohren öffnen, um noch rechtzeitig den warnenden Ruf jener zu vernehmen, welche die Krankheit schon erfaßt hat. Dann dürfen wir uns aber nicht von dem Lärm, welchen der Äther und den Buchstaben, welche das Papier herübertragen, betäuben und blenden lassen. Wir müssen die Stimme des Schweigens und den Blick der Verschlossenheit vernehmen. Wir müssen hinter dem Lärm der Kerkermeister den Herzschlag der Gefangenen hören. Dazu bedarf es nur eines: wir müssen unsere Herzen öffnen. — Aber vielleicht ist dies das schwerste.

Vom Gesicht der Ostzonen-Presse

Zu den bemerkenswerten Unterschieden des Ostens zum Westen, die sich schon dem ersten Blicke bieten, gehört das Fehlen der Zeitungsleser in der Öffentlichkeit. Man denke sich in einer westeuropäischen Großstadt eine gut gefüllte Straßenbahn, in der nicht ein Fahrgast in eine Zeitung vertieft wäre! Das ist im Osten das Normale. Hat wirklich einer ein Zeitungsblatt in der Hand, dann kann man fast mit Sicherheit den «Genossen» daran erkennen. Nicht daß es nun gleich einer der ganz selten gewordenen «Gläubigen» wäre; — aber sicher einer, der sich für den nächsten Schulungsabend mit dem neuesten Agitations-Material versorgen muß. Woher soll er sonst wissen, ob er heute noch gegen Arbeitslosigkeit und Demontage im Westen «agitieren» soll, oder ob inzwischen das Thema westliche Aufrüstung an der Reihe ist; woher soll er wissen, ob in dieser Woche die «Aufklärung» über Korea die Greuelthaten der imperialistischen Aggressoren zum Thema hat oder aber die Heldenmütigkeit der Volksarmee oder ob etwa ganz davon zu schweigen ist. Es erfordert schon ein gründliches Studium, um ständig auf dem Laufenden — nicht etwa der Ereignisse, das wäre ja schändlicher «Objektivismus» —, aber der jeweiligen Parteilinie zu sein. Und darin liegt doch die Größe der Partei: in ihrer genialen Methode der Wahrheitsfindung, der «Dialektik». Ist es dieser nicht zu verdanken, daß man in der Abwehr des kommunistischen Angriffs in Korea endlich den letzten unwiderleglichen Beweis für die Kriegslüsterheit der westlichen Imperialisten finden konnte? Ist es ihr nicht zu verdanken, daß alle Kampfbegeisterung, Haßgesänge und Kriegsproduktion im Osten allein dem Frieden dienen, während die Schutzmaßnahmen des Westens Zeugnis für dessen uranfängliche Aggressionsabsichten sind?

Die Bevölkerung hat freilich längst begriffen, daß «Dialektik» nichts anderes ist als der Name für das Prinzip der systematischen Lüge. Der Unterschied zu anderen Propagandaweisen, welche die Lüge in ihren Dienst stellten, liegt darin, daß auch die Begriffe Lüge und Wahrheit selber ihren Sinn vertauscht haben. Man will sich gar nicht mehr den Anschein geben, das zu sagen, was ist.

Wahrheit ist allein, was von Moskau kommt;

ihr Kriterium ist nicht die Frage, ob sie mit dem Sachverhalt, sondern allein, ob sie mit der jeweiligen Parteilinie, dem augenblicklichen Agitationskurs übereinstimmt. Jede andere Meinung ist allein, weil sie anders ist, a priori Lüge. Wer etwa, sei es auch nur um seine Hingabe an die Partei zu zeigen, nach objektiven Beweisen sucht, wird sofort des «Objektivismus» bezichtigt, welche Haltung zu den schlimmsten Verbrechen gehört. Hier liegt ein Grund, weshalb die meisten SED-Professoren sich neuerdings jeder öffentlichen Äußerung enthalten, worin sie doch gerade ihre «gesellschaftliche» Aufgabe zu suchen hätten. Aber sie haben üble Erfahrungen gemacht und ihre besten Absichten sind oft mit zorniger Kritik bedacht worden. Professor Harig, heuer Staatssekretär für das Hochschulwesen, pflegte auf heikle Fragen in aller Offenheit zu erklären: «Ja, meine Damen und Herren, darauf kann ich Ihnen leider keine Antwort geben, ich muß erst die Anweisungen aus Moskau abwarten».

Daß bei solcher Lage kaum ein Mensch noch die Zeitung liest und sie nur noch der Lebensmittelaufrufe und bestenfalls des Wetterberichts wegen hält, ist wohl nicht verwunderlich. Ein Irrtum wäre es, den Einwand vorzubringen, hier würde ja allein von den kommunistischen Parteiorganen gesprochen. Daß jeglicher Besitz von Westzeitungen mit schweren Strafen geahndet wird, ist wohl bekannt. Freilich gibt es noch andere Zeitungen im eigenen Lande, Blätter der sogenannten «christlichen» und «liberalen» Partei, von den kommunistischen Tarn- und Ab-

legererzeugnissen abgesehen. Aber einerseits erscheint beispielsweise in einer Stadt wie Leipzig überhaupt nur noch ein Blatt: die «Leipziger Volkszeitung» (im Volksmund seit Anbeginn das «Krawallblatt» genannt), und diese ist das «Organ der Sozialistischen Einheitspartei». Das wird aber kaum bedauert, denn — und dies ist das zweite —: blickt man in die anderen Blätter, so zeigt es sich, daß Grundlinie, Meldung und Kommentare in einer tröstlichen Solidarität mit ihren Geschwistern von der Einheitspartei harmonieren. Auch die hie und da noch schüchtern bewahrten stilistischen Überbleibsel aus anspruchsvollere Zeit gleichen sich immer mehr der schematischen Übersetzungs-Sprache à la «Prawda» an. (Nicht umsonst ist die erste und unumgängliche Aufgabe im Lehrplan der Publizistik ein Jahr Studium der russischen Sprache an Hand sowjetischer Zeitungen.) Der einzige Unterschied dieser «bürgerlichen» Blätter liegt darin, daß sie die Moskauer Anweisungen weniger unverblümt verkünden und natürlich ganz verzichten müssen auf die internen Richtlinien der Staatspartei. Diese zählen aber gerade zu dem wenigen Lesenswerten, denn sie erlauben Schlüsse auf die jeweiligen Sorgen und Absichten des Staatsapparates. Er wird ja allein von dieser einen Partei gelenkt (die freilich selber wieder nur ein Übersetzungsarm der obersten Zentrale ist).

So deutet z. B. die ständig zunehmende

«Selbstkritik»

innerhalb der Partei nicht etwa auf die Aufnahme demokratischer Prinzipien, sondern allein auf den hoffnungslosen Verfall ihrer Substanz: nämlich das Vertrauen der Mitglieder. Der Tadel mangelhafter «Schulung» und «ideologischer Schwächen» zeigt, wie groß die Zweifel sind, der Kampf gegen das «Versöhnertum»: wie wenig dem Absolutheitsanspruch der Partei geglaubt wird, der Kampf gegen den «Titoismus»: wie die sowjetische Fernsteuerung abgelehnt wird, der Kampf gegen den «Objektivismus»: welches Mißtrauen der «dialektischen» «Aufklärungs»-Methode entgegengebracht wird und schließlich der Kampf gegen den «Bürokratismus»: daß in Wahrheit überhaupt nichts mehr um der Sache willen getan wird, sondern die beiden einzigen Energiequellen die Angst und der Machttrieb sind.

Wie es mit dem Ansehen der Partei in der Bevölkerung steht, zeigt die immer heftiger werdende Kritik an der versagenden «Massenagitation». Ein groteskes Beispiel dafür sind die Berichte über die sogenannten «Aufklärungslokale der Nationalen Front». Aber auch wo keine Kritik, sondern Lob gezollt wird, kann man sich ein Bild vom wahren Sachverhalt machen. Wenn z. B. von ein paar Dutzenden solcher Lokale in Leipzig gerade ein einziges des Lobes fähig ist und es dann als ein Ruhmeszeichen gilt, daß täglich ganze «12—14 Besucher» auftauchen, kann man vielleicht begreifen, daß das Ergebnis dieser revolutionären Einrichtung in der Öffentlichkeit stumme Verachtung ist.

Oder wenn es eigens und sogar auf dem Titelblatt vermerkt wird, daß in einem Gebiet «die benötigten Saatgutmengen für alle Feldfrüchte restlos vorhanden» seien, dann kann man sich ausrechnen, wie es normalerweise damit steht — auch wenn man nicht weiß, daß selbst die Erfolgsmeldungen meist großzügig erfunden sind.

Viele Artikel werden dann verständlich, wenn man den Sinn einiger Grundworte gelernt hat, z. B. daß «Friedenskampf» — auch nach amtlicher Definition — nichts anderes heißt als Kampf für die Interessen Moskaus, oder daß «Demokratie» «Volksdemokratie» bedeutet und das heißt — in diesem Falle beweist es die Praxis — nichts anderes als sowjetische Diktatur. Dann ist es so leicht zu verstehen, was die Ostzonenpolitik mit dem «Kampf um ein vereinigt demokratisches Deutschland» meint — ganz einfach: die Einbeziehung des Westens unter die sowjetische Diktatur. Man begreift dann auch, was es bedeutet, daß der «Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschlands» im Vordergrund aller Gebiete des Lebens zu stehen hat, vom

Kindergarten angefangen über Schule und Universität bis zur bildenden Kunst und zum Fußballspiel.

Die wenigen, welche aus eigenem Antrieb doch noch solche Blätter lesen, haben auf diese Weise im Laufe der Zeit gelernt, auch aus den unsinnigsten Erfindungen und Verfälschungen richtige Informationen zu ziehen. Einfach dadurch, daß sie beachten, *was* erfunden und *wo* verfälscht wird. Mas bedeutet es z. B., daß die sowjetische Machtpolitik nicht mehr unter der Parole «Kampf um die Weltrevolution», auch nicht mehr unter der Parole «Klassenkampf», sondern unter dem Motto «Friedenskampf» geführt wird? Es veranschaulicht die Einsicht Moskaus, daß die Absicht, den Westen durch das Bündnis mit der stärksten sozialen Schicht zu unterwerfen, gescheitert ist und daß nun ein völlig neuer Weg versucht wird: nämlich durch den Appell an das stärkste und einmütigste Gefühl der Welt, an die Friedensliebe, die Abwehrkraft zu schwächen, um eines Tages, nach dem Muster von Prag und Korea, was von innen nicht möglich ist, von außen zu erreichen. Hinter dem Schlagwort «Friedenskampf» verbirgt sich die Wendung der sowjetischen Politik von dem treulos gewordenen Bundesgenossen: soziale Ungerechtigkeit zu dem hoffnungsvolleren: die allgemeinmenschliche Dummheit und Angst.

Im ganzen gesehen spiegelt die Zeitung zwei Wesenszüge der gegenwärtigen Situation der Sowjetzone Deutschlands — und vielleicht aller sowjetisch besetzten Länder Europas — wider. Einmal nämlich — wie es keinen Artikel, keinen Satz gibt (bis zum Theater- und Sportbericht, ja bis zum Verkehrsunfall, an dem einzig der «Ausfall wichtiger Arbeitskräfte» beklagt wird), der nicht politisch ist — daß es auch im praktischen Leben keine Lücke, keinen toten Winkel gibt, wo man sich dem Giftgas des radikalsten Terrors, den die Geschichte hervorgebracht hat, entziehen könnte. Der radikalste Terror deshalb, weil er nicht mit Bajonett und Gummiknüppel arbeitet, also den Körper, das Sichtbare am Menschen trifft, und damit die Möglichkeit zur Flucht in einer Verborgenheit erlaubte, sondern bei der Seele ansetzt; nämlich die Teufelsschere der beiden Triebe Machtgier und Angst benutzt.

Das andere aber zeigt sich in dem

Gegensatz zwischen Zeitung und Leser.

Es spiegelt den Abgrund wider, der sich zwischen dem System und der Bevölkerung aufgetan hat, zwischen dem Lärm, in dem sich jenes überschlägt und der schweigenden Verachtung, mit welcher dieses antwortet. Man lese nur mit offenem Auge die absurden Erfolgspantasien, die grotesken Lügen über den Verfall des Westens, die verzweifelte «Selbstkritik» und die krampfhaften Ermutigungsversuche, um eine Ahnung zu gewinnen, nicht nur von dem hemmungslosen Zynismus der Gewalthaber, sondern auch davon, wie die stärkste Waffe ihrer Macht: nämlich die Angst, sich unversehens gegen sie selber gerichtet hat. Die Angst nämlich, zu sehen, wie sie den Boden unter den Füßen verlieren, die Angst, die sie befällt, wenn sie spüren, daß ihr Geschrei im Leeren verhallt, daß ihre Anstrengung ins Nichts stößt. Wären da noch Widerstände, die sie bekämpfen könnten, gäbe es z. B. noch Presseorgane, wo Gegenwehr geübt würde, — dann fänden sie in der Bekämpfung einen Halt, sie könnten sich sammeln, wüßten ihrer Macht Wirkung zu verleihen. Nun untergräbt die Flut der Vernichtung, welche sie entfesselten, ihre eigene Burg. Das Volk zu schwächen, verfinsterten sie das Land; jetzt verbirgt sich in der Finsternis ihr Gegner. Er ist nicht besiegt, er ist unsichtbar geworden. Der Lärm der Ostzonen-Presse ist wie der verzweifelte Gesang eines Menschen, der, in nächtigem Wald verirrt, damit seine Angst betäuben will. —

Jan Wolff

Militärische Umschau

Die Kompromisse der Truppenordnung 1951

Im Dezember hat der bundesrätliche Entwurf einer neuen Truppenordnung ohne Schwierigkeiten die Zustimmung des Ständerates gefunden, im April erhoben sich aber im Nationalrat Widerstände: gegen die Schaffung einer Luftschutztruppe unter Schwächung der Fliegerabwehrtruppen, die Schaffung von Regimentsspielen unter Aufhebung der Bataillonsspiele, die Reduktion der Pontoniere und Stäbe. Da alle diese Streitpunkte, gemäß Entwurf des Bundesrates, in dessen Kompetenz fallen sollten, konzentrierte sich die Opposition schließlich auf den «Vollmachtenartikel» 9, der von der Mehrheit des Nationalrates an die Kommission zurückgewiesen wurde. Dieser Beschluß war Ausdruck eines unverblümt ausgesprochenen Mißtrauens gegen das Militärdepartement. Zunächst war daher die Lage für die neue Truppenordnung kritisch, insbesondere schien der vorgesehene Zeitpunkt ihrer Einführung gefährdet. Aber nun lenkte das EMD, das bisher seine Entwürfe verteidigt hatte, ein und arbeitete in wenigen Tagen einen Entwurf aus, der den wesentlichen Wünschen des Nationalrates Rechnung trug und dem beide Räte Ende April in einer außerordentlichen Session zustimmten.

Der jetzt vorliegende «*Beschluß der Bundesversammlung betreffend die Organisation des Heeres (Truppenordnung)*» vom 26. April 1951 trägt die Merkmale eines eidgenössischen Kompromisses, von dem im Grunde genommen niemand befriedigt ist¹⁾. Alle extremen Lösungen, die im Entwurf des Bundesrates Anstoß erregt haben, sind nun gemildert. Das Ergebnis ist ein zahmer Beschluß, der sich in den umstrittenen Gebieten mit halben Lösungen begnügt.

Auf dem Sachgebiet der *Heeresorganisation* wird zunächst die neue militärische Luftschutztruppe in einem bescheideneren Rahmen aufgebaut. Gemäß Botschaft des Bundesrates sollte die Luftschutzkompagnie aus einem Kommando zug und sechs Luftschutzzügen bestehen²⁾. Nun werden ihr lediglich noch ein Kommando zug und fünf Luftschutzzüge zugebilligt; der Mannschaftsbedarf der Luftschutztruppe sinkt damit um rund 3000 Mann³⁾. Diese Einsparung kommt zum Teil den Fliegerabwehrtruppen zugute, die nun weniger Mannschaft an die neue Luftschutztruppe abtreten müssen. Andererseits werden in der neu organisierten und weitgehend motorisierten Armee neben 33 Regimentsspielen auch 22 Bataillonsspiele der selbständigen Bataillone außer Regimentsverband Marschmusik blasen, damit auch der Nachwuchs für die Musikgesellschaften der kleineren Kantone sichergestellt ist. Salomonisch ist die Kompromißlösung für die Pontoniere: statt der vorgesehenen zwei Bataillone zu je drei Kompagnien werden nunmehr drei Bataillone zu je zwei Kompagnien gebildet. So behalten die Armeekorps 1, 2 und 4 ihre bisherigen Potonierbataillone, reduziert um eine Kompagnie.

Bedeutend interessanter als die sachlichen Änderungen an der Truppenordnung — deren Grundzüge hat die Tagespresse ausführlich bekanntgegeben — ist deren *rechtliche Form*. Nach Artikel 45 der Militärorganisation ist es Sache der Bundesversammlung, die Gliederung des Heeres in Truppengattungen und Dienstzweige, in Heereseinheiten, Truppenkörper und Truppeneinheiten festzusetzen und die Zahl der von jedem Kanton zu stellenden Truppenteile zu bestimmen. Das war auch

¹⁾ Amtliche Sammlung 1951, S. 411.

²⁾ Botschaft des Bundesrates vom 10. Oktober 1950, S. 25 (Bundesblatt 1951, Band III, S. 112).

³⁾ Rede von Bundesrat Kobelt vom 29. April 1951 in Chur vor der Delegiertenversammlung der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz. NZZ Nr. 938 vom 30. April 1951.

noch der Fall bei der Truppenordnung 1947, die mit ihren zahlreichen Tabellen nicht weniger als 236 Druckseiten der eidgenössischen Gesetzessammlung beansprucht⁴⁾. Aus Gründen der Geheimhaltung wurde aber schon damals die Organisation der Grenzbrigaden, Festungsbesetzungen, Zerstörungstruppen und des Territorialdienstes dem Bundesrat übertragen. Ein Jahr später, bei der Reorganisation der Leichten Truppen, ging man einen Schritt weiter und überließ dem Bundesrat auch die Aufstellung der Sollbestandstabellen für die Leichten Truppen⁵⁾. Bei der Revision des Militärorganisationsgesetzes des Jahres 1949 wurde die Möglichkeit der Kompetenzdelegation auf dem Gebiet der Heeresorganisation auf Antrag der ständerätlichen Militärkommission ausdrücklich im neuen Art. 45 statuiert⁶⁾. Auf Grund dieser Entwicklung beantragte nun der Bundesrat, bei der Truppenordnung 1951 von dieser Möglichkeit der Kompetenzdelegation Gebrauch zu machen.

«Es entspricht der Stellung und der Aufgabe der Bundesversammlung als oberster Behörde des Bundes, die grundsätzlichen Fragen der militärischen Organisation zu entscheiden und die allgemeinen Richtlinien festzusetzen. Sie soll insbesondere alle die Entscheidungen treffen, die in irgend einer Beziehung in das Gebiet der Politik übergreifen. Mit den technischen Einzelheiten der Organisation soll sie sich dagegen nicht befassen müssen. Deren Regelung soll dem Bundesrat übertragen werden»⁷⁾.

Abgesehen von den Vorteilen einer besseren Geheimhaltung erleichtert die Delegation an den Bundesrat auch die Anpassung der Organisation an die Entwicklung der Kriegstechnik und des Kampfverfahrens. Zu den grundsätzlichen Entscheiden, die von der Bundesversammlung zu treffen sind, gehören nach der Auffassung des Bundesrates:

«— die Bestimmung der Elemente des Heeres; — die Festsetzung der Gliederung des Heeres in den großen Zügen; — die Umschreibung der allgemeinen Grundsätze für den altersmäßigen Aufbau der Formationen; — die Zuweisung der kantonalen Formationen an die Kantone und die Bezeichnung der eidgenössischen Formationen der Infanterie, der berittenen Dragoner und des Landsturms.

Dagegen sollte die Bestimmung der Sollbestände und des Korpsmaterials, sowie die Festsetzung der Zahl der zu bildenden Stäbe, Einheiten und Truppenkörper dem Bundesrat überlassen werden»⁷⁾.

Nach Ablehnung dieser sachlich gerechtfertigten Teilung der Befugnis zwischen Bundesversammlung und Bundesrat kam nun eine Kompromißlösung zustande. Wie schon 1947 und früher, setzt nun auch in Zukunft wieder die Bundesversammlung die Zahl der in den verschiedenen Truppengattungen zu bildenden Stäbe und Einheiten fest. Dem Bundesrat wird lediglich die Organisation der Werk-, Festungs- und Zerstörungsformationen, der Telegraphen- und Telephonbetriebsgruppen, der Formationen der Dienstzweige und des Hilfsdienstes, «sowie ähnlicher Formationen» überlassen. Ein Kuriosum sind die Sollbestandstabellen. Die Räte haben sich damit begnügt, die personelle Zusammensetzung der Stäbe und Einheiten zu beschließen

⁴⁾ Amtliche Sammlung, Band 63, S. 513—748 (Organisation des Heeres und Organisation der Spezialtruppen des Landsturms).

⁵⁾ Botschaft vom 2. Juli 1948. Bundesblatt 1948, Band II, S. 841; Beschluß der Bundesversammlung vom 22. Dezember 1948. Amtliche Sammlung 1948, S. 1249.

⁶⁾ Bundesgesetz vom 1. April 1949, Art. 45. Amtliche Sammlung 1949, S. 1491.

⁷⁾ Botschaft vom 10. Oktober 1950, S. 32/33 (Bundesblatt 1951, Bd. III, S. 112 f.).

und für jede Einheit die Zahl der Offiziere, Unteroffiziere, Soldaten, HD-Kochgehilfen und HD-Bureauordonnanzen festzulegen. Sache des Bundesrates aber bleibt es, die so ad usum Senati zugestutzten Tabellen durch die Angaben über die interne Gliederung und über die Zuteilung von Waffen, Pferden und Fahrzeugen zu ergänzen. Formell ist damit dem Wunsche des Nationalrates nach Wahrung und Behauptung der parlamentarischen Rechte und Befugnisse Genüge geleistet, wenn auch materiell die wesentlichen Bestimmungen dem Bundesrat überlassen wurden. Damit nun aber auch durch die rein personellen Bestandestabellen nicht zu viel Einzelheiten über die neue Heeresorganisation in der Öffentlichkeit bekannt werden, veröffentlicht die Amtliche Sammlung der Bundesgesetze den Bundesbeschluß über die Truppenordnung nur mit der Tabelle B über die kantonalen Formationen und die eidgenössischen Stäbe und Einheiten der Infanterie und der Kavallerie, wogegen die Tabelle A und besonders die umfangreichen Bestandestabellen C nicht veröffentlicht wurden⁸⁾.

Der Bundesrat muß sich mit eingeschränkten Befugnissen begnügen und bei jeder notwendigen Änderung der Truppenordnung wieder vor die eidgenössischen Räte gelangen, während die Mitglieder des Nationalrates beruhigt den Herbstwahlen entgegenblicken können, nachdem sie die Rechte und Befugnisse des vom Volke gewählten Parlamentes gegenüber Bundesrat und Militärverwaltung verteidigt haben. Bei dieser erfolgreichen Behauptung parlamentarischer Befugnisse und der Verweigerung von Vollmachten hat es sich zwar nicht um Dinge gehandelt, welche die Rechte des Bürgers oder die Souveränität der Kantone berühren, sondern um das für Bürger und Kantone uninteressante Gebiet der personellen Zusammensetzung einer Haubitzbatterie oder einer Trainkolonne, eines Divisionsstabes oder einer Luftschutzkompanie.

Miles

⁸⁾ Amtliche Sammlung 1951, S. 411.